

PRESSEMITTEILUNG

4.096 antimuslimische Vorfälle in Deutschland – im Schnitt mehr als 11 Vorfälle pro Tag

Die Organisation CLAIM veröffentlicht bundesweites Lagebild, das antimuslimische Übergriffe und Diskriminierungen in Deutschland im Jahr 2025 dokumentiert.

Berlin, 24. Juni 2026 – In Bayern werden zwei Schulkinder mit einem Hammer angegriffen und verletzt. Mehrere Moscheen in Nordrhein-Westfalen erhalten Bombendrohungen. In Dresden beleidigt eine Frau zwei Mädchen rassistisch und versucht einer 14-Jährigen das Kopftuch herunterzureißen. Antimuslimischer Rassismus gehört für viele Menschen in Deutschland zum Alltag – ob auf der Straße, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld oder im Kontakt mit Behörden. Das zeigt das heute veröffentlichte bundesweite zivilgesellschaftliche Lagebild antimuslimischer Rassismus von CLAIM: 4.096 antimuslimische Vorfälle wurden 2025 bundesweit dokumentiert – darunter Diskriminierungen, Beleidigungen, Bedrohungen, Sachbeschädigungen sowie körperliche Gewalttaten (2024: 3.080). 2025 wurden zwei Tötungsdelikte erfasst (2024: 2). Zudem wurden mehr schwere Übergriffe in Form von Körperverletzungen dokumentiert (2025: 214, 2024: 198). Damit ereignen sich im Durchschnitt 11 antimuslimische Vorfälle pro Tag in Deutschland. Die tatsächliche Zahl liegt deutlich höher, da viele Vorfälle weder gemeldet noch angezeigt werden.

Das Lagebild basiert auf Meldungen von 38 Beratungs- und Meldestellen sowie communitybasierten Initiativen aus 15 Bundesländern (2024: 26 Einrichtungen aus 13 Bundesländern), bundesweiten Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität, Vorfallmeldungen aus Polizeipressemitteilungen sowie Medienberichten, direkten Fallmeldungen über das I-Report-Meldeportal sowie Fällen, die im Rahmen eines KI-gestützten Online-Monitorings identifiziert, anschließend manuell überprüft und fachlich eingeordnet wurden.

Die deutlich erweiterte Datengrundlage ermöglicht einen umfassenderen Einblick in das Ausmaß antimuslimischen Rassismus in Deutschland und stärkt die Grundlage für wirksame Gegenmaßnahmen. Der deutliche Anstieg der dokumentierten Fälle gegenüber dem Vorjahr (2024: 3.080 Fälle) deutet darauf hin, dass Betroffene zunehmend besser erreicht werden. Gleichzeitig ist von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen: Laut einer Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2024) melden in Deutschland nur 4 Prozent der Betroffenen eine erlebte Diskriminierung. Die dokumentierten Fälle spiegeln daher nur die Spitze des Eisbergs wider.

Hanano: "Rassismuserfahrungen zerstört Vertrauen in Politik und Institutionen."

Rima Hanano, Co-Geschäftsführerin von CLAIM: *„Rassismuserfahrungen zerstören Vertrauen in Politik und Institutionen. Sie verstärken das Gefühl, nicht dazuzugehören. Und hinter jeder dieser Zahlen steht ein Mensch. Antimuslimischer Rassismus ist für viele Menschen in Deutschland Alltag– Frauen werden auf der Straße attackiert, Kinder in der Schule problematisiert, Moscheen angegriffen. Menschen werden bei der Job- oder Wohnungssuche aussortiert. Sie werden zur Zielscheibe von Anfeindung und Diskriminierung, nur weil sie muslimisch sind oder weil andere sie dafür halten. Besonders alarmierend ist, dass die Gewalt zunimmt und selbst Kinder betroffen sind. Trotzdem wird die Existenz von antimuslimischem Rassismus immer häufiger geleugnet. Zunehmend entsteht der Eindruck, dass muslimische Menschen in der öffentlichen Debatte vor allem als Täter vorkommen dürfen – nicht aber als Betroffene von Ausgrenzung und Gewalt. Wer Menschen ihre Erfahrungen abspricht, diese kleinredet oder relativiert, stellt auch ihren Anspruch auf Schutz, gleiche Teilhabe und gesellschaftliche Zugehörigkeit infrage. Die Frage, wie wir mit Diskriminierung und Gewalt umgehen, berührt deshalb den Kern unserer Demokratie und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts.“*

Said Etris Hashemi, Autor, Initiative 19. Februar Hanau, Bundesvorsitzender des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften (iaf e. V.): *„Während politisch Verantwortliche noch über Begriffe und Definitionen diskutieren, erleben Menschen jeden Tag die Folgen von antimuslimischem Rassismus. Hanau hat gezeigt, wohin Ausgrenzung, Entmenschlichung und rassistische Feindbilder führen können. Antimuslimischer Rassismus ist kein Randphänomen, sondern Realität für viele Menschen in diesem Land. Die Lehren aus Hanau müssen uns dazu verpflichten, auch antimuslimischen Rassismus konsequent zu benennen und zu bekämpfen, bevor aus Worten Gewalt wird.“*

Antimuslimische Vorfälle wurden 2025 durch CLAIM in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen dokumentiert – im öffentlichen Raum, im Bildungsbereich, bei der Wohnungssuche oder online. Am häufigsten wurden verbale Angriffe (61,1 %) dokumentiert, gefolgt von Diskriminierungen (21,5 %) sowie Fällen wie Körperverletzungen und Sachbeschädigungen (17,4 %).

Das Lagebild macht deutlich: Antimuslimischer Rassismus ist kein Randphänomen, sondern ein strukturelles Problem, das Menschen in nahezu allen Lebensbereichen betrifft. Dies wird auch durch aktuelle Forschung bestätigt. So berichten laut der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen InRa-Studie 75 Prozent der befragten Musliminnen und Muslimen von rassistischen Diskriminierungserfahrungen in Behörden. Antimuslimischer Rassismus zeigt sich damit nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch im Kontakt mit staatlichen Institutionen.

Die Analyse der dokumentierten Fälle zeigt zudem, dass antimuslimische Vorfälle häufig im Zusammenhang mit gesellschaftlichen und politischen Debatten über Migration, Asyl, Integration und Sicherheit stehen. Diskussionen über diese Themen werden regelmäßig mit islam- und muslimfeindlichen Ressentiments verknüpft. Muslim*innen werden in Teilen des öffentlichen Diskurses insbesondere wiederholt mit Extremismus und Gewalt assoziiert oder als Integrationsproblem dargestellt. Solche Zuschreibungen tragen zu einer Normalisierung rassistischer und

menschenfeindlicher Positionen bei und schaffen ein Klima, das Diskriminierung und Übergriffe begünstigt. Islam- und muslimfeindliche Narrative finden sich vielfach online und offline in Äußerungen und Tatmotiven der dokumentierten Vorfälle wieder.

Auffällig ist zudem, dass ein Teil der dokumentierten Vorfälle dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden kann. Die Fälle stehen exemplarisch für eine Entwicklung, die auch die Forschung beobachtet: Antimuslimische Narrative gehören zu den zentralen Mobilisierungsthemen rechter und rechtsextremer Akteure, wodurch antidemokratische Positionen zunehmend in gesellschaftliche und politische Debatten einsickern.

Die Folgen reichen über die unmittelbaren Auswirkungen auf Betroffene hinaus. Sie zeigen sich auch in einem wachsenden Vertrauensverlust gegenüber Politik und staatlichen Institutionen: Fast zwei Drittel der befragten muslimischen Menschen geben laut einer Untersuchung des DeZIM-Instituts an, kein Vertrauen in die Bundesregierung zu haben (DeZIM 2025). Lediglich 14 Prozent sagen, dass sie Politikerinnen und Politikern vertrauen. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass antimuslimischer Rassismus nicht nur individuelle Lebensrealitäten prägt, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in demokratische Institutionen beeinträchtigt.

CLAIM fordert zum Schutz der Demokratie und für gesellschaftlichen Zusammenhalt:

1. den konsequenten **Ausbau und die finanzielle Absicherung des zivilgesellschaftlichen Monitorings zu antimuslimischen Vorfällen** – analog zu Antisemitismus und Antiziganismus,
2. die **Verbesserung der staatlichen Erfassung, Aufklärung und eine effektivere Strafverfolgung antimuslimischer Hasskriminalität**,
3. den **Ausbau und die finanzielle Absicherung von Beratungs- und Beschwerdestrukturen** für Betroffene,
4. die **zügige Neuauflage und konsequente Umsetzung des im Koalitionsvertrag vorgesehenen Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus** – mit klaren Zielen und Maßnahmen – **explizit auch zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus**,
5. die dauerhafte **Verankerung und finanzielle Absicherung der Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus als eigenständigen Schwerpunkt in der Förderpraxis von Bund und Ländern**.

Zentrale Ergebnisse:

1. **4.096 dokumentierte antimuslimische Vorfälle** im Jahr 2025 (2024: 3.080) – ein Anstieg dokumentierter Vorfälle um rund 33 Prozentpunkte. Durchschnittlich **mehr als 11 antimuslimische Vorfälle pro Tag** in Deutschland.
2. **Verbale Angriffe machen mit 2.379 Fällen den größten Anteil aus (61,1 %)**, gefolgt von **840 Diskriminierungen (21,5 %)** sowie von **680 dokumentierten Fällen verletzenden Verhaltens (17,4 %)** – dazu zählen u. a. Körperverletzungen und Sachbeschädigungen.
3. **Zunahme schwerer Delikte:** Dokumentiert wurden mit **2 Tötungsdelikten, 214 Körperverletzungen** – darunter **4 schwere Körperverletzungen/versuchte Tötungen** und **5**

Brandstiftungen – eine **Zunahme bei schweren Delikten** im Vergleich zum Berichtsjahr 2024 (2024: 2 Tötungsdelikte, 198 Körperverletzungen, davon 3 schwere Körperverletzungen/versuchte Tötungen, 4 Brandstiftungen).

4. **64 Übergriffe auf religiöse Einrichtungen/ Orte** – darunter **61 Angriffe auf Moscheen** (2024: 67).
5. **Besonders betroffen sind Frauen:** In den Fällen, in denen Angaben zum Geschlecht vorliegen sind Frauen mit **64,5 Prozent der dokumentierten Fälle besonders häufig betroffen**. Die Ergebnisse bestätigen damit erneut die besondere Betroffenheit sichtbar muslimischer Frauen an der Schnittstelle von Rassismus und Sexismus.
6. Insgesamt wurden **2.255 Fälle (57,8 %)** erfasst, die sich **offline** ereigneten. Es wurden **1.644 Fälle (42,2 %)** dokumentiert, die sich **online** ereigneten. Aufgrund begrenzter Kapazitäten konnte nur ein kleiner Teil der erfassten Onlinefälle in die qualitative sowie quantitative Auswertung für das Berichtsjahr 2025 einbezogen werden.
7. Es ist von einem **erheblichen Dunkelfeld antimuslimischer Vorfälle** auszugehen.

Fallbeispiele aus dem bundesweiten Lagebild 2025:

- **Friedberg, Bayern, 02.10.2025: Angriff mit Hammer auf zwei Schüler**
Im bayerischen Friedberg wurden an einer Mittelschule ein 14-jähriger und ein 13-jähriger Junge von einem ehemaligen Schüler mit einem Hammer angegriffen und verletzt. Laut Generalstaatsanwalt München wollte der jugendliche Täter bewusst muslimische Schülerinnen und Schüler mit Migrationsbiografie töten. Während der Tat trug der Täter einen Militäranzug sowie eine Art Wehrmachtshelm. Im Juni 2026 wurde der Täter zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Das Gericht stellte fest, dass er in „extremistisches Gedankengut abgeglitten“ sei. Ein rassistisches Tatmotiv wurde nicht anerkannt. (CLAIM-Medienmonitoring, Lagebild, Seite 39).
- **Dresden, Sachsen, 17.10.2025: Seniorin beleidigt Mädchen rassistisch und versucht 14-Jähriger das Kopftuch herunterzureißen**
Zwei 14-jährige Mädchen wurden in Dresden von einer 81-jährigen Frau rassistisch beleidigt und angegriffen. Die Frau versuchte einem der Mädchen mit Gewalt ihr Kopftuch herunterzureißen. Die 14-Jährige litt nach der Tat unter Atemnot. Die Rentnerin soll den Mädchen zudem gesagt haben, dass sie in ihr Land zurückgehen sollen. (CLAIM Medienmonitoring, Lagebild, Seite 42)
- **Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen, 05.12.2025: 52-Jährige von Unbekannten verbal und körperlich angegriffen**
In Düsseldorf wurde eine kopftuchtragende Frau auf einem Fahrrad von einem unbekanntem Täter zunächst rassistisch beleidigt und im weiteren Verlauf mit der geschlossenen Faust ins Gesicht geschlagen. Die Frau stürzte, verlor kurzzeitig das Bewusstsein und zog sich erhebliche Verletzungen zu. Im Rahmen der Vernehmung durch die Polizei gab die Frau an, dass sie seit dem Angriff extrem verängstigt sei, allein nicht mehr das Haus verlasse und nachts schlecht schlafe. (BackUp, Lagebild, Seite 50)

- **Duisburg/Essen/Gelsenkirchen/Köln, Nordrhein- Westfalen, 24.01.2025: Mehrere Moscheegemeinden erhalten Bombendrohungen**
In mehreren Moscheegemeinden gehen im Januar 2025 Bombendrohungen mit folgenden antimuslimisch und antipalästinensisch rassistischen Inhalten ein: „An die Schmarotzer und Maden mit großer Freude darf ich euch mitteilen das wir morgen um 13:30 Uhr eure Moschee sprengen werden. danach werden wir Schweineblut auf euren Leichen verteilen verpissst euch aus unserem Land, sonst wird es weitere Tote geben. Dönermord wird Volkssport! Tod den Sandn*! Gaskammern für das degenerierte Palästinenservolk!“ Unterzeichnet wurden die Schreiben im Namen einer rechtsextremen Gruppe. (CLAIM-Medienmonitoring, Lagebild, Seite 45)
- **Chemnitz, Sachsen, 02.03.2025: Antimuslimische Flugblätter vor Moschee**
Vor einer Moschee in Chemnitz werden an parkenden Autos rassistische Flugblätter unter Scheibenwischern gesteckt, auf denen Einwanderung mit „dem Islam“ und „Messerstechern“ in Verbindung gebracht wird. (RAA Sachsen, Lagebild, Seite 50)
- **Bielefeld, Nordrhein-Westfalen, 23.06.2025: Hakenkreuz vor muslimischem Gebetsraum**
Vor einem muslimischen Gebetsraum an der Universität Bielefeld wird ein Hakenkreuz angebracht. (CLAIM-Medienmonitoring, Lagebild, Seite 55)
- **Hildesheim, Niedersachsen, 15.05.2025: Ungleichbehandlung und diskriminierende Äußerungen durch Lehrkraft**
Ein 13-jähriger Schüler wird im Deutschunterricht wiederholt mit Vorurteilen über seine Herkunft konfrontiert. Ihm wird unterstellt, Jungen würden in seinem Herkunftsland wie „Paschas“ behandelt, weswegen er sich gerade gegenüber Lehrerinnen besonders beweisen müsse. Die Situation belastet ihn so sehr, dass er die Schule wechseln will – obwohl er in allen anderen Fächern gute Leistungen zeigt. (AWO Hildesheim, Lagebild, Seite 42)
- **Niedersachsen, 01.11.2025: Antimuslimische Aussagen durch Vermieterin**
Im Rahmen der Suche nach einem Nachmieter nahm ein muslimisch wahrgenommener junger Mann an einer Wohnungsbesichtigung teil. Anschließend äußerte die Vermieterin abwertende Aussagen über „Ausländer“ und muslimische Männer. Der Bewerber erhielt die Wohnung nicht. (CLAIM / Report! Niedersachsen, Lagebild, Seite 53)
- **Berlin-Zehlendorf, 18.06.2025: Mann wird jahrelange durch Nachbar terrorisiert und erhält Hassnachrichten**
Ein Mann aus Berlin-Zehlendorf erhält seit seinem Einzug im Jahr 2019 von einem Nachbarn regelmäßig rassistische Hassnachrichten, etwa alle zwei bis drei Monate. Nach eigenen Angaben bekam er bislang mindestens 20 Schreiben mit beleidigendem und rassistischem Inhalt beispielsweise „Du mohamedanisches K*****-Schwein, hau ab aus Deutschland!“. Die mindestens 15 erstatteten Anzeigen blieben erfolglos. (CLAIM-Medienmonitoring, Lagebild, Seite 52)

Das sind keine Einzelfälle. Das ist Alltag in Deutschland.



Die ausführlichen Handlungsempfehlungen sowie weitere Informationen sind der Publikation „Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus 2025“ zu entnehmen. **Die Publikation erscheint am 24.06.2026 und ist abrufbar unter:** www.claim-organisation.de/aktuelles/publikationen

Für Presseanfragen wenden Sie sich gerne an:

CLAIM gGmbH

Jemima Khamassi Kumpf | Kommunikation

presse@claim-organisation.de

Friedrichstraße 206 | D- 10969 Berlin

F_030 / 2887 4567 7

Über CLAIM: CLAIM macht sichtbar, was sonst oft übersehen wird. Wir sind eine bundesweit tätige gemeinnützige Organisation und setzen uns dafür ein, antimuslimischen Rassismus in Deutschland sichtbar zu machen und wirksames Handeln dagegen zu ermöglichen. CLAIM sensibilisiert, vernetzt, unterstützt Zivilgesellschaft und Institutionen und dokumentiert bundesweit Vorfälle von antimuslimischem Rassismus. Wir verstehen unsere Arbeit als fachlichen Beitrag zu Stabilität, gesellschaftlichem Zusammenhalt und demokratischer Resilienz. CLAIM wird unter anderem gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, vom Bundesministerium des Innern im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz sowie von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung des Landes Berlin. Weitere Informationen: claim-organisation.de

Herausgeber des Lagebildes ist CLAIM gGmbH. Gefördert wird das Lagebild vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und Bundesministerium des Innern (BMI) im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz.